

Epilog

Viele Politiker (sogenannte Entscheidungsträger) wursteln weiter wie bisher nach dem Motto irgendwann werden sich die Probleme schon lösen lassen Heute wissen wir: Nach dem derzeitigen Wissensstand ist eine Lösung des Atommüllproblems nicht in Sicht. Ungeachtet dieses Sachverhalts wächst der Atommüllberg ständig weiter.

Meine Vorwürfe richten sich an die Politiker, die eine solche Entwicklung tolerieren und fördern. Aber auch an die Wissenschaftler, die überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen haben.¹⁰ Diese Wissenschaftler litten nicht unter moralischen Skrupeln, sondern begnügten sich einfach damit, die Entscheidung über die Anwendung ihrer Erkenntnisse anderen zu überlassen. Neben den bewussten Hasardeuren gab es nicht wenige Wissenschaftler und Politiker mit Wahrnehmungsdefiziten. Auch heute noch gibt es viele, denen immer noch nicht die Tragweite ihres Handelns oder ihrer Unterlassungen bewusst ist.

Spätere Generationen werden hilflos vor diesem Problem stehen. Denn auch sie werden vermutlich kein sicheres Endlager finden. Noch viele Generationen nach uns werden unter den Folgen dieser menschenverachtenden Technik leiden. Das gilt auch für ferne Zeiträume, wenn alle AKW längst abgeschaltet sind und wenn – vermutlich – schon gar keiner mehr weiß, dass eine derart lebensfeindliche Technik einmal existierte.

„Atommülldeponien werden die einzigen Zeugen sein, dass es den Raubaffen Mensch einmal gab.“ (Friedrich Dürrenmatt) ●

¹⁰ Einige dieser einflussreichen Herren waren meine Lehrer

Atommüll

„Gesetze sind von Menschen gemacht und müssen ggf. geändert werden“

Forderung nach Moratorium bei der Freigabe von radioaktiv belasteten Materialien aus Atomanlagen

Offener Brief zur Freiemessmüllpolitik der Landesregierung Baden-Württemberg

Dokumentation

Aus Anlass der Entschließungen des Deutschen Ärztetages und der Landesärztekammer Baden-Württemberg gegen die sogenannten Freiemessungen von Atommüll (Strahlentelex hatte mehrfach ausführlich berichtet¹⁾) fand am 29. November 2017 unter Ausschluss kritischer Wissenschaftler, Bürgervertretern und der Öffentlichkeit in der L-Bank in Stuttgart ein als „hochkarätig“ besetzt bezeichnetes Fachgespräch des Baden-Württembergischen Umweltministeriums zum Mikrosievert-Konzept bei der Freigabe von Atommüll statt. 12 Bürgerinitiativen von der Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen und Horrheim, über den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und den BUND-Regionalverband Heilbronn-Franken bis zu der Ärztevereinigung IPPNW Stuttgart e.V. wandten sich zu diesem Anlass mit dem nachfol-

¹ Ärztinnen und Ärzte wenden sich gegen die Freigabe von radioaktivem Müll aus dem AKW-Abriss, Strahlentelex 740-741 v. 2.11.2017, S.5-6; www.strahlentelex.de/Stx_17_740-741_S05-06.pdf
 Ärztetag warnt vor Verharmlosung der Freiemessungen, Strahlentelex 732-733 v. 6.7.2017, S.7, www.strahlentelex.de/Stx_17_732-733_S07.pdf
 Ärztekammerpräsident findet Freiemessungen „gesundheitlich verantwortbar“, Strahlentelex 722-723 v. 2.2.2017, S.10-11, www.strahlentelex.de/Stx_17_722-723_S10-11.pdf

gend dokumentierten Offenen Brief an den Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg, Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen).

29.11.2017

Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

Ihre Antworten auf die beiden Landtagsanfragen der Grünen-Abgeordneten und der FDP-Abgeordneten hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Wir begrüßen, dass Sie sich mit dem Thema „Freigabe nach § 29 Strahlenschutzverordnung“ inhaltlich befasst haben, sind aber mehr als enttäuscht über Ihre erneute Verweigerung, die Bedenken aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und darauf einzugehen. Unbestreitbar ist, dass die radioaktive Belastung der Umwelt durch die Nutzung der Atomtechnologie ständig steigt. Auch die beim Rückbau der Kernkraftwerke anfallende Radioaktivität im Abrissmüll summiert sich wie jegliche radioaktive Strahlung, also auch die sogenannte „geringe“ in den Körpern von Mensch und Tier und kann früher oder später je nach Disposition zu ersten gesundheitlichen Störungen bis in das Genmaterial hinein führen. Die Tatsache, dass auch Boden und Wasser, ebenso die damit in Berührung kommenden Pflanzungen, die Strahlung aufnehmen, verstärkt das Problem zusätzlich über die Nahrungskette.

Die Sorge des Landrats Dr. Brötel des Neckar-Odenwald-Kreises um die Risiken der Ablagerung von Freiemessmüll aus dem AKW Obrigheim in der Deponie Buchen haben Sie laut Pressenachrichten mit der Drohung beantwortet, ihn persönlich haftbar zu machen. Der Ludwigsburger Kreistag beschloss mit einer 2/3-Mehrheit, den Einbau von Freiemessmüll auf den Ludwigsburger Kreisdeponien abzulehnen. Der zusätzlich beschlossene Antrag, wonach Landrat Dr. Haas Herrn Ministerpräsident Kretschmann bittet, sich erstmals intensiv um die vorgeschlagenen Alternativen zur Deponierung des gering belasteten radioaktiven Freiemessmülls aus dem AKW Neckarwestheim zu kümmern, wurde von Herrn Staatsminister Murawski vor allem mit dem Hinweis auf angebliche juristische Unausweichlichkeiten abgelehnt.

Gesetze sind von Menschen gemacht und müssen ggf. geändert werden, um sich an neue Erkenntnisse zum Schutz der Bevölkerung anzupassen.

Leider war bei der Grün-Schwarzen Landesregierung nie ein politischer Wille zu erkennen, sich bei den zahlreich geäußerten Sorgen ihrer Bürger, um umweltverträgliche Alternativen zur Freigabe des Abrissmülls – wie sie in einem Gutachten des IPPNW auf dem Tisch liegen – auch nur zu bemühen.

Die Bürger sollen stattdessen mit Vergleichswerten der natürlichen Strahlenbelastung oder nicht korrekten Alltagsbeispielen (Düngemittelsack, Granitarbeitsplatte, etc.) beschönigt werden. Eine Bürgerbeteiligung wird von der Landesregierung in dieser Frage kategorisch abgelehnt. Schlimmer noch, sie erweckt den Eindruck, kritische Stimmen ersticken zu wollen. So hatten die demokratisch gewählten Delegierten der Baden-Württembergischen Ärzteschaft in ihrer Vertreterver-

sammlung im letzten Jahr vor der Verharmlosung der Strahlenrisiken des Freiemessmülls auch im Niedrigstrahlenbereich gewarnt. Dies wurde beim Deutschen Ärztetag im Mai 2017 in Freiburg deutschlandweit bestätigt. Nun werden am 29. November in Stuttgart der Landes- und Bundesärztekammerpräsident sowie betroffene Landräte bei einem Fachgespräch über den Freiemessmüll durch das Umweltministerium Ba-Wü ausschließlich mit Strahlenschutzspezialisten konfrontiert, die dieses Freiemessverfahren befürworten, um die Ärzte und Landräte wieder „auf Linie der Landesregierung“ zu bringen. Warum werden bei diesem hochkarätigen Fachgespräch sowohl kritische WissenschaftlerInnen und BürgervertreterInnen als auch die von der Maßnahme betroffenen BürgerInnen komplett ausgeschlossen?

Es geht um Freiemessmüll, der nur verwaltungstechnisch als „nichtradioaktiv“ bezeichnet werden darf, aber physikalisch selbstverständlich weiterhin radioaktiv wirksam bleibt. Der Freiemessmüll wird Radioaktivität auf unsere Deponien und in unsere Verbrennungsanlagen bringen und von da den Weg zu den Menschen finden. Die Radioaktivität wird aber auch in Form von Millionen Tonnen Material Recyclingmüll, der beim Abbau der Atomanlagen anfällt, direkt zu den Menschen finden.

Ein Schönreden auch dieser niedrigen Strahlenbelastung ist unzulässig, da ihre Verteilung vermeidbar ist. Wir können jetzt entscheiden, wie wir

damit umgehen: Jetzt Geld in die Hand nehmen, um diese Strahlenaktivität an einem Ort unter Aufsicht gesammelt zusammen zu halten, oder sie auf viele Deponien und in die Umwelt ohne weitere Strahlenschutzkontrollen verteilen und womöglich vergessen und hierdurch gesundheitliche und genetische Risiken in Kauf nehmen.

Unsere Forderungen:

- Ein Moratorium bei der Freigabe von radioaktiv belasteten Materialien aus Atomanlagen. Das gesamte Material muss gesichert am jeweiligen Standort aufbewahrt werden, bis alle Atomanlagen abgebaut sind und klar ist, welche Mengen in Deutschland insgesamt anfallen und was damit langfristig geschehen soll.
- Keine Herausgabe oder Freigabe von Material aus Atombetrieben mit nachweisbarer künstlicher Radioaktivität, egal in welcher Höhe, sondern dauerhafte kontrollierte Lagerung.
- Echte Strahlenminimierung statt Verharmlosung - den 10 µSv-Persilschein abschaffen. Es gibt keine Grenzwerte für die Ungefährlichkeit von Strahlenbelastung.
- Fördern Sie die medizinische Forschung zu Risiken im Niedrigstrahlenbereich und die Initiierung von Gesundheitsregistern um kerntechnische Anlagen und Deponien.
- Keine Atom-, Strahlenschutz- und Deponie-Genehmigungen ohne Umweltverträglichkeitsuntersuchung, keine Genehmigung nur bei Er-

füllung von Minimalanforderungen.

- Der neu eingeführte gesetzliche Zwang zum „Freiemessen“ führt zur Maximierung der beim AKW-Abriß in die Umwelt freigesetzten Radioaktivität, er muss wieder abgeschafft werden.
- Keine Dekontamination von Strahlenmüll, um möglichst viel Radioaktivität freizumessen und langfristig unkontrolliert in die Umwelt abgeben zu können.
- Keine Abklinglagerung von Strahlenmüll, um möglichst viel Radioaktivität freizumessen und langfristig unkontrolliert in die Umwelt abgeben zu können.
- Transparenz beim Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften und eine breite gesellschaftliche Debatte über die langfristige Aufbewahrung.
- Dazu gehört auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei atomrechtlichen Genehmigungen.
- Befristung von atomrechtlichen Genehmigungen, so dass für eine Verlängerung eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden muss.
- Offenlegung der Informationen über Mengen und Verbleib von radioaktiven Materialien.
- Eine Bestandsaufnahme der bisher in Deutschland insgesamt angefallenen radioaktiv belasteten Abfälle, d.h. aus der Nutzung der Atomenergie, der nuklearen Forschung, der

industriellen und medizinischen Anwendung und ggf. weiteren Quellen.

- Machen Sie den Weg frei für eine kontrollierte Lagerung des radioaktiv belasteten AKW-Materials an den AKW-Standorten, bis eine bessere Lösung für den bundesweit anfallenden Abfall aus Atomanlagen gefunden ist.
- Bringen Sie das Thema in die Konferenz der Umweltminister der Bundesländer ein, die sich länderübergreifend damit befassen sollen. Nutzen Sie Ihre Möglichkeit der Bundesratsinitiative, um eine bessere Lösung für die Millionen Tonnen Abfall aus dem Abbau der AKWs und anderer Atomanlagen zu finden. Dabei sind alle radioaktiven Stoffe aus medizinischer und der industrieller Nutzung zu berücksichtigen. Es geht nicht nur um Baden-Württemberg, sondern alle Bundesländer sind betroffen.
- Zu guter Letzt: Der sofortige Stopp des AKW-Betriebs würde die tägliche Erzeugung weiteren radioaktiven Mülls verhindern, auch die des Freiemessmülls.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Dierk-Christian Vogt, Arno Scheuermann, Gottfried May-Stürmer, Dr. med. Jörg Schmid, Franz Wagner, Dr. Wolfgang Appel, Jürgen Hellgardt, Sabine Thielicke, Dr. med. Robin Maitra, Gertrud Patan, Udo Buchholz ●

Atom Müll

Nationales Begleitgremium will auch über Zwischenlager reden

Öko-Institut: „Noch ungeklärt ist der zukünftige Bedarf an heißen Zellen“

Das Nationale Begleitgremium hat zwei Expertisen zur

Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle erstellen las-

sen. Eine gutachterliche Stellungnahme macht Vorschläge für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an einem Diskurs über die Zwischenlagerung dieser Abfälle. Die Verfasser Hans Hagedorn und Hartmut Gaßner empfehlen ein Beteiligungsverfahren, das sich an der vorgesehenen Bürgerbeteiligung bei der Aus-

wahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle orientiert.

Eine zweite Expertise, diese zu Sicherheitsfragen der Zwischenlagerung, wurde vom Öko-Institut erstellt und geht davon aus, daß die befristeten Genehmigungen der Zwischenlager für hochradioaktive Ab-